

Kalendarium einer Empörung

Massive Studentenstreiks



07.11.1997:

In den Universitäten in Gießen und Marburg befinden sich die Studenten seit über einer Woche im Streik. Grund dafür ist die im Laufe der Jahre

immer härter werdende Einsparungspolitik im Bereich der Bildung. Zum Teil beträgt das Bildungsbudget nur noch ein Drittel der ursprünglichen Summe. Seit einigen Jahren können sich die Universitäten keine aktuellen Lehrbücher oder Fachmaterial mehr leisten, geschweige denn technische Neuerungen oder Reparaturen an alten Geräten. Ein Jusstudium z.B. ist jedoch ohne aktuelle Gesetzestexte völlig wertlos, auch ist jegliches

Technikstudium ohne die entsprechenden, funktionierenden Geräte nicht möglich.

Die Proteste zu diesem „Kollaps der Hochschulfinanzierung“ werden vom Universitäts-Präsidenten und zahlreichen Professoren unterstützt. Kein Wunder, denn teilweise kommen auf einen Professor 700 Studenten.

Die Studentenstreiks werden ergänzt durch die Besetzung der Unigebäude und Alternativveranstaltungen von Lehren-

den und Studierenden.

Angesichts der drastisch gekürzten Mittelzuweisungen des Landes sei es „unmöglich, einen auch nur einigermaßen vernünftigen Lehrbetrieb aufrechtzuerhalten“, so die Studenten.

Im Einklang mit den Hochschulrektoren fordern

sie Sofortprogramme, deren Kosten sich auf acht Millionen Mark belaufen. Die könnten ohne weiteres im Verteidigungsetat und bei der Rüstungsforschung eingespart werden, meinen die Studentenvertreter.

Bei der Großdemonstration in Wiesbaden forderten tausende von Studenten das Recht auf angemessene Bildung mit Transparenzen wie: „Wir trauern um

ein wichtiges Mitglied unserer Gesellschaft, die Bildung!“ oder „Wir haben gute Rennfahrer und Boxer, wozu brauchen wir noch gute Bildung?“

Mit diesen Protesten werden die Befürchtungen des deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog, die er noch in seiner letzten Rede auf dem Berliner Bildungsforum am 5. Nov.1997 zum Ausdruck brachte, schneller Wirklichkeit als vorhergesehen:.

Zitate Herzog:

„Bildung muß in unserem Land zum „Megathema“ werden, wenn wir uns in der Wissensgesellschaft des nächsten Jahrhunderts behaupten wollen. Es sind

nur die Experten, die über die Erneuerung des dualen Ausbildungssystems, über verkürzte Regelstudienzeiten und neue Studienabschlüsse streiten. Viel zu selten erreichen die Diskussionen die Titelseiten unserer Zeitungen und Zeitschriften. Deshalb mündet die Debatte nicht in wirklichen Veränderungen.“

„Man sagt so leicht, Bildung entscheidet über die Zukunft, aber wie steht es dann um diese Zukunft, wenn die besten Köpfe dieser Welt auf der Suche nach den besten Ausbildungsmöglichkeiten nicht mehr nach Deutschland kommen?“

14.11.1997:

Inzwischen ist der Funke von Gießen übersprungen: Auch an Universität und Fachhochschule in Frankfurt wird gestreikt. Studentenvertreter laden Bundespräsident Herzog nach Frankfurt ein, damit er sich selbst ein Bild

machen könne.

Die Regierungsparteien in Wiesbaden, SPD und Grüne, schieben die Verantwortung weiter nach Bonn. Die Steuerpolitik der Bundesregierung sei Schuld an der Situation.

17.11.1997:

Auch in Darmstadt, Köln und Bremen wird mittlerweile gestreikt.

19.11.1997:

Erstmals seit Anfang der Studentenstreiks vor drei Wochen werden sie in den



in Deutschland

Schlagzeilen der Tagesschau erwähnt.

20.11.1997:

Mittlerweile befinden sich in 20 Städ-



ten die Universitäten im Streik (Gießen, Marburg, Frankfurt, Darmstadt, Jena, Konstanz, Friedberg, Fulda, Köln, Wiesbaden, Landau, Rüsselsheim, Bonn, Bochum, Bremen, Freiburg, Kassel, Mainz, München und Berlin!!!)

13 Universitäten haben den Streik in Planung (Würzburg, Stuttgart, Trier, Essen, Wuppertal, Münster, Paderborn, Heidelberg, Siegen, Mainz, Regensburg, Saarbrücken, Duisburg)

24.11.1997:

Mehr als 20.000 Studierende treffen sich in Darmstadt zu einer Großdemonstration.

Die Forderungen der Studentenvertreter aus Giessen sind konkret geworden, sie haben den PolitikerInnen in Hessen folgenden Forderungskatalog vorgelegt, ohne dessen Erfüllung ein Ende des Streiks nicht absehbar ist:

Neben der chronischen Unterfinanzierung des Bildungsbereiches stehen vor allem die fehlende demokratische Struktur der Hochschulen, die fehlende Ausrichtung des Studiums auf direkte wirtschaftliche Verwendbarkeit und die mangelnde Studienfinanzierung im Zentrum der Kritik:

1. Der Beschluß zur Erhebung von Gebühren für das zweite Staatsexamen in den Bereichen Jura und Lehramt muß sofort zurückgenommen werden. (Ver-

steckte Studiengebühren!)

2. Die hessischen Hochschulen sollen die von ihnen für den Haushalt '98 als unabwiesbaren Bedarf angemeldeten Mittel ohne Kürzung erhalten. Die hessische Landesregierung wird zudem aufgefordert, umgehend ihre Bestrebungen zu verstärken, eine ausreichende Finanzierung von Bildung und Wissenschaft zu gewährleisten.

3. Die hessische Regierung muß ihre Zustimmung zur Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) solange verweigern, bis folgende Ergänzungen darin aufgenommen worden sind: das Verbot der Erhebung von Studiengebühren die verbindliche Einführung von verfaßten Studierendenschaften, um eine wirkungsvolle studentische Interessenvertretung bundesweit zu gewährleisten.

4. Die Novelle des Hessischen Hochschulgesetzes muß ein allgemeinpolitisches Mandat für die verfaßten Studierendenschaften festschreiben.

5. Für Lehrkräfte, die ihr Recht auf Erziehungsurlaub wahrnehmen wollen, muß eine lückenlose Vertretung gewährleistet werden.

6. Wir fordern die Regierung auf, gemeinsam mit uns ein wirklich handlungs-

fähiges Gremium zu schaffen, welches in der Lage ist, die Situation in der Hochschule und Bildung auf Dauer zu verbessern.

25.11.1997:

Hessenweite Demo (in schwarz!) unter dem Motto „Wir tragen die Bildung zu Grabe!“

27.11.1997:

Bundesweite Bildungsdemo in Bonn, über 40.000 Studierende nehmen daran teil.

27.11.1997:

Bundestagsdebatte zum Bildungshaushalt in Bonn:

Zitate einiger Reaktionen aus dem Bundestag aus der „jungen Welt“:

„Für den Tag, an dem der Bildungshaushalt im Bundestag zur Debatte stehen sollte, werden rund 30.000 Demonstranten in Bonn erwartet. Der Bundestag hat allerdings kurzfristig die Tagesordnung geändert und den Etat des Bildungsministeriums bereits am 25.11.1997 beraten.“

„Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers (CDU), der sich schnell ein vierseitiges Aktionsprogramm für die Hochschulen ausdachte, sprach vor seinem Ministerium mit den Studierenden und erklärte, auf Studiengebühren verzichten zu wollen.“

Selbst Geld wird lockergemacht: Nachdem sich CDU/ CSU zunächst strikt geweigert hatten, einem entsprechenden



Vorschlag der FDP zuzustimmen, einigte man sich am Dienstag auf ein Bundes-Länder-Programm, mit dem den Hochschulbibliotheken 80 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden sollen.“

Ein Erfolg für die Studierenden?

Nein:

Auf keinen Fall mehr Geld für Stipendien

Das ominöse Sonderprogramm ist nicht etwa eine Reaktion auf die Proteste, es handelt sich vielmehr um das alte Hochschulson-

derprogramm (HSP) III. Bund und Länder tragen es gemeinsam, und das schon seit 1996.

Die angebliche Erfolgsmeldung ist im Gegenteil sogar die versteckte Ankündigung einer Kürzung:

„Gab es für 1997 aus diesem Topf noch 42,2 Millionen Mark, werden es für 1998 und 1999 zusammen 82,5 Millionen Mark sein“, berichtete Marburgs Uni-Finanzreferent Jürgen Benz.

Das ergibt unter dem Strich ein Minus von knapp einer Million Mark im Jahr. Außerdem bleiben die 17,8 Millionen Mark, die das Land an anderen Stellen (ATG 71) alleine 1998 in Lehre und Forschung einsparen will, unerwähnt.

Auch das ist noch nicht alles:

Die dpa (deutsche Presse Agentur) meldet aus Bonn:

„Die Finanzminister von Bund und Ländern wollen bei der Ausbildung der Studierenden noch mehr sparen. Dies geht aus den jüngsten Beschlüssen der Finanzministerkonferenz hervor, die der dpa

vorliegen. Auf keinen Fall dürfe für eine BAföG-Reform (vergleichbar mit der österreichischen Studienbeihilfe) mehr Geld ausgegeben werden als heute, heißt es in dem Papier. Die sechs Finanzminister von CDU/CSU verlangen darüber hinaus weitere Einschränkungen. 1999 dürfen allenfalls noch 1,5 Mrd. Mark für das BAföG ausgegeben werden, halb soviel wie 1992“.

28.11.1997:

Mittlerweile befinden sich 50 Universitäten in 43 Städten im Streik:

Uni Giessen, FH Giessen, Uni Marburg, Uni Frankfurt a. M., FH Frankfurt a. M., FH Darmstadt, TU Darmstadt, Uni Konstanz, FH Friedberg, FH Fulda, PH Köln, AfH Köln, Uni Köln, Uni Münster, TU Clausthal, Uni Mannheim, Uni Osnabrück, FH Osnabrück, PH Freiburg, Uni Landau, FH Rüsselsheim, Uni Kassel, Uni München, Uni Bonn, Uni Kiel, HU Berlin, FU Berlin, TU Berlin, Uni Heidelberg, Uni Mainz, Uni Regensburg, Uni Saarbrücken, Uni Stuttgart, UGH Essen, Uni Tübingen, Uni Oldenburg, Uni Koblenz, FH Wiesbaden, FH Geisheim, Uni Duisburg, Uni Würzburg, Uni Trier, UGH Paderborn, Uni Leipzig, HTWK Leipzig, FH Jena, FH Bielefeld, Uni Bochum, Uni Hamburg, TU Ilmenau

28.11.1997:

Demonstrationsaufruf der drei Berliner Unis: „Anlässlich der „Unterstützung“ und „Sympathiebekundung“ unseres Kanzlers rufen wir zu einer Kohl-Jubel-Parade auf - getreu dem Motto: Verarschen, das können wir auch!

Diese Demo findet am 02.12.1997 statt.“

28.11.1997:

Reaktionen des baden-württembergischen Finanzministers auf die Studierendenstreiks:

Die bundesweiten Studierendenstreiks bezeichnete der baden-württembergische Finanzminister in Stuttgart als „**nicht zu überbietende Beleidigung all derer, die mit ihren Steuern und Abgaben jeden ein-**



zelen Studienplatz in der Bundesrepublik finanzieren.“

Die Proteste seien der Beleg dafür, daß die angebliche künftige Elite bis heute nicht verstehe, was die Stunde geschlagen hat. „Auch Lichterketten von Studierenden werden an der finanzpolitischen Realität in der Bundesrepublik nichts ändern.“ Wie der Minister betonte, liefern rein rechnerisch vier Schichtarbeiter in der Automobilindustrie ihre gesamte Lohnsteuer ab, um einen einzigen Studienplatz zu finanzieren.

Diese Arbeitnehmer haben sicher keinerlei Verständnis dafür, daß die Empfänger dieser Wohltaten zum Dank dafür auf die Straßen gehen, und das von den Arbeitnehmern hart erkämpfte Streikrecht verhöhnen.

Stellungnahme zur Presseerklärung des baden-württembergischen Finanzministeriums: Auf den Vorwurf

„Studierendenproteste sind Respektlosigkeit gegenüber jedem einzelnen Steuerzahler“ erwiderte Armin Müller von ASTA der Uni Konstanz: „Wir freuen uns über die Solidarität unseres Finanzministers gegenüber den Arbeitnehmern, schlagen aber vor, daß er sich doch eher um die von ihm so umsorgten deutschen Automobilkonzerne wie Daimler-Benz oder Großbanken wie die Dresdner oder Deutsche Bank kümmern sollte, damit diese endlich wieder in den Kreis der Steuerzahler zurückkehren, um die notwendige Finanzierung unseres Bildungssystems mitzutragen.“

„...versuchen Arbeitnehmer gegen die Studierenden auszuspielen“



Es sei ein offenes Geheimnis, daß gerade die konservative Regierung in Deutschland mit ihrer Politik massiv dazu beiträgt, daß „intelligente“ Unternehmer legale und illegale Steuerschlupflöcher ausnützen, um Steuerzahlungen zu vermeiden. Die aktuellen Ermittlungen der Finanzbehörden gegen Deutsche Bank, Dresdner Bank oder Commerzbank wegen Steuerhinterziehung zeigen nur die Spitze des Eisberges.

Die Vorwürfe des Ministers seien deswegen nicht haltbar und versuchen nur die Gruppe der Arbeitnehmer gegen die Studierenden auszuspielen.“

01.12.1997:

Demonstration in Duisburg zusammen mit SchülerInnen und Auszubildenden (Lehrlingen). Außerdem sind seit heute auch zwei Schulen in Nordrhein-Westfalen in Streik getreten

05.12.1997:

Die Uni Heidelberg plant, frühmorgens tausende von Schuhen mit Wunschzetteln vor den Stuttgarter Landtag zu stellen (zum Nikolaus). Alle anderen Unis wer-

den aufgerufen, sich an der Aktion vor ihrem jeweiligen Landtag zu beteiligen, besonders die Leute um Bonn herum sollten ihre Schuhe vor das Bildungsministerium stellen.

Um den bundesweiten Protest zu koor-



dinieren und weitergehende Perspektiven zu erarbeiten, findet am 05.12.1997 ein bundesweites Treffen in Bonn statt.

Das gemeinsame Vorgehen in Bezug auf mögliche Gesprächsangebote der Bundesregierung ist extrem wichtig, um nichtlegitimierte Einzelaktionen im Namen „der Studierenden“ zu verhindern und eine möglichst breite Vorgehensbasis zu ermöglichen. Mittlerweile sind

91 Hochschulen und Universitäten im Streik.

11.12.1997:

Gleichzeitige Demonstration in allen deutschen Hochschulstädten

Ein Ende der Studierendenproteste ist noch lange nicht abzusehen, viele Universitäten haben Streikaktionen bis Mitte Januar ausgearbeitet...

Bleibt zu überlegen, inwieweit auch hier in Österreich das Sparpaket der Regierung Mißstände verursacht und ob durch Einsparungen in bestimmten Bereichen nicht Bildungsdefizite entstehen, die auf Dauer nicht mehr ausgeglichen werden können.

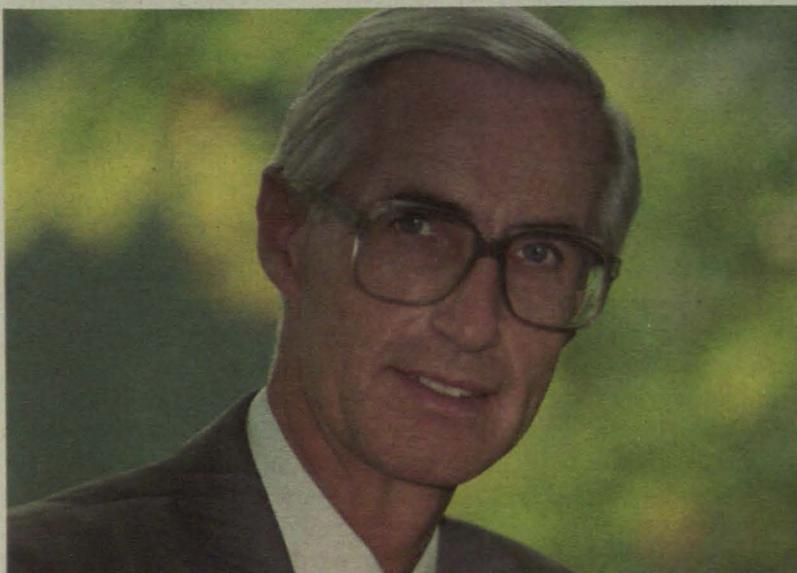
Bildungsdefizite bald auch in Österreich?

Dürfen wir wirklich einfach nur zusehen?



• Kathryn Hoffmann

Dieses einzigartige Foto (es ist als Stilmittel gedacht!) und noch viele andere findest Du unter www.yahoo.de/schlagzeilen/streik.html



Wir

bauen 5.000 neue Wohnungen.

Liste 2 SPÖ

Fordern Sie unser Programm: Kostenbewußt - besser wohnen an.
Rufen Sie: 0316/702-681.